

Dauerhaftes Elend am Stadtrand

Die Obdachlosenunterkünfte in Mundenheim West sind in einem miserablen Zustand. Wohlfahrtsorganisationen beklagen seit Langem die menschenunwürdigen Zustände. Im vergangenen September hatte die Stadtverwaltung den Abriss der Häuser und neue Sozialwohnungen angekündigt. Jetzt rudern die Verantwortlichen im Rathaus zurück.

VON CHRISTIANE VOPAT

„Ein Abriss der Häuser in der Kropsburgstraße ist derzeit nicht vorgesehen“, heißt es in einer Antwort der Verwaltung auf einen Antrag von FWG und FDP am Donnerstagabend im Ortsbeirat Mundenheim. Freie Wähler und Liberale wollten unter anderem wissen, wann der Abriss der maroden Häuser erfolgen soll, wann und wie Neubauten geplant seien und wo die Bewohner der Häuser dann unterkommen sollen.

Aus dem Rathaus heißt es dazu, dass aktuell 208 Menschen in dem sogenannten Einweisungsgebiet Mundenheim West leben. Die Verwaltung will nach den neusten Angaben ein Dezentralisierungsmodell entwickeln, wonach Obdachlose und andere Menschen in Notlagen nicht mehr in einem Quartier wie heute in der Kropsburg- und Bayreuther Straße, sondern in der Stadt verteilt eingewiesen werden. Neubauten seien vor diesem Hintergrund in Mundenheim West ebenso wenig nicht geplant wie Abrisse. Aktuell seien keine Mittel für ein neues Konzept in dem sozialen Brennpunkt im Haushalt eingestellt, heißt es weiter aus dem Rathaus.

Sozialwohnungen angekündigt

Demnach wird sich also bis auf Weiteres nichts an den vielfach kritisierten Zuständen in Mundenheim West ändern. Dabei hatte Beate Steeg (SPD) noch Ende September verschiedene Verbesserungen in Aussicht gestellt. Schriftlich nahm die Sozialdezernentin damals Stellung zu einer Anfrage der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Mundenheim, die wissen wollte, welche Fortschritte es mit Blick auf das Sozialkonzept für den sozialen Brennpunkt gibt.

Beate Steeg zufolge hatten bis zum

EINWURF

Ende der Geduld

VON CHRISTIANE VOPAT

Auf allen politischen Ebenen in Ludwigshafen scheint Einigkeit darüber zu herrschen, dass sich in den sozialen Brennpunkten in Mundenheim und West schnell etwas tun muss. Parteiübergreifend werden bessere Lebensbedingungen und mehr Hilfen für die teils kranken Menschen gefordert, die hier gestrandet sind und in verschimmelten Wohnungen ohne Zentralheizung und ordentliche sanitäre Einrichtungen leben. Das Gerede darüber dauert nun schon mehrere Jahre und damit viel zu lange. Die Helfer vor Ort sind mit ihrer Geduld am Ende. Jetzt ist es höchste Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen. Das ist der Job der Verwaltung. Sie muss den Ortsbeiräten und dem Stadtrat ein machbares Sanierungskonzept samt Kostenkalkulation und Zeitrahmen vorlegen. Nicht erst in zehn Jahren, sondern jetzt.

Herbst mehrere Abstimmungsrounden sowohl „verwaltungsintern wie auch mit externen Akteuren stattgefunden“. Für die Einweisungsgebiete Bayreuther- und Kropsburgstraße habe das Gebäudemanagement im Rathaus für verschiedene Entwicklungsvarianten Kostenkalkulationen durchgeführt. Die Sozialdemokratin erläuterte seinerzeit weiter, dass die Gebäude im Einweisungsgebiet Bayreuther Straße nach einer Empfehlung des Gebäudemanagements saniert werden sollen, weil die Bausubstanz das zulasse. Diese Obdachlo-



Sollen nun doch nicht abgerissen werden: die maroden Wohnblöcke in der Kropsburgstraße.

ARCHIVFOTO: KUNZ

senwohnungen sollten mit Zentralheizung, Bädern in den Wohnungen und einer Wärmedämmung ausgestattet werden.

Das Einweisungsgebiet Kropsburgstraße sollte dagegen nach und nach abgerissen werden, informierte Steeg vor dem Jahreswechsel weiter. Auf dem Gelände sollten stattdessen im Lauf der Zeit neue Sozialwohnungen entstehen. „Diese baulichen Überlegungen stehen auch unter der Überschrift ‚Dezentralisierungsmodell‘ und sind auf einen längeren zeitlichen Horizont ausgerichtet“, so Steeg

im September. Über die weitere Entwicklung in beiden Einweisungsgebieten wie auch über die Konkretisierung eines Sozialkonzepts wollte die Sozialdezernentin in den kommenden Sozialausschüssen berichten. Dazu kam es jedoch weder bisher in der Sitzung des Ausschusses im November noch im Februar.

Rund 18 Millionen Euro müssten nach einer Schätzung des städtischen Gebäudemanagements vom Jahresanfang 2019 in die Sanierung der Wohnblöcke investiert werden. Schon im Februar 2019 war klar, dass

ein Abriss der Häuser in der Bayreuther Straße nicht in Frage kommt, weil das unwirtschaftlicher wäre als die Sanierung. Die Ein- bis Vierzimmerwohnungen sind in einem sehr schlechten Zustand mit viel Schimmel.

Ein Sanierungs- wie Sozialkonzept für den Brennpunkt hatten CDU und SPD im Stadtrat bereits im April 2017, also vor bald drei Jahren, gefordert. Daraufhin wurde zunächst ein städtischer Arbeitskreis gegründet, in dem seit Ende 2018 auch die Freien Träger vertreten sind.